

1546/J

der Abgeordneten Gredler, Schmidt, Motter und Partner/innen
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

bezüglich der österreichischen Haltung zur Menschenrechtssituation in Burma

Die Situation der Menschenrechte und der Zustand der Demokratie in Burma (Myanmar) sind nach fast einhelliger Auffassung der internationalen Staatengemeinschaft als besorgniserregend zu bezeichnen. Die letzten freien Wahlen im Jahre 1990 wurden nicht anerkannt, stattdessen wurde die Oppositionsführerin der damals siegreichen "Nationalen Liga für Demokratie", die in Menschenrechtskreisen hoch geschätzte und mit mehreren Friedenspreisen ausgezeichnete Aung San Suu Kyi, bis Juli 1995 unter Hausarrest gestellt. Sie wird auch seither ständig vom Militärregime dieses Landes drangsaliert, zuletzt gab es Mitte November tätliche Angriffe auf sie.

Im jüngsten Bericht des japanischen Sonderberichterstatters der UNO-Menschenrechtskommission, Yozo Yokata, heißt es, daß Zwangsarbeit, Folter und willkürliches Morden in Burma alltäglich seien. Fundamentale Menschenrechte wie Meinungs- und Vereinigungsfreiheit würden den Menschen vorenthalten, hingegen würden Geständnisse durch Folter erpresst, etwa durch Schläge mit Rohrstöcken, Verbrennungen oder Abschneiden von Körperteilen.

Die EU hat - eher zaghaft - auf die Situation in Burma reagiert, indem die Entwicklungshilfe gesperrt und keine Waffen mehr an dieses Land geliefert wurden. Am 28. Oktober wurden weitere Sanktionsmaßnahmen beschlossen, etwa ein Einreiseverbot für Mitglieder der Polizei- und Militärführung Burmas in die EU. In einer Erklärung der EU-Außenminister werden weiters die mangelnden Fortschritte bei der Demokratisierung, die Nichteinhaltung der Menschenrechte und das weitere Festhalten Suu Kyi's beklagt. Suu Kyi selbst forderte am 11. November laut Meldungen der Presseagenturen die EU auf, konkrete Wirtschaftssanktionen zu ergreifen und sich für einen Touristenboykott auszusprechen.

Ganz anders beurteilt offensichtlich die österreichische Staatssekretärin im Außenministerium, Benita Ferrero-Waldner, nach ihrer Rückkehr von einer Asienreise in einem Interview mit der PRESSE vom 22. November die Lage in Burma. Darin meint sie, man benötige "eine realistischere Einschätzung der Lage und viel mehr Geduld für die Errungenschaften des Militärregimes", da sich in den letzten Jahren "enorm viel geändert und verbessert" habe. Die Staatssekretärin im Originalzitat: "...man sagt immer, da geschieht nichts, aber das stimmt nicht." Unterstützung für die Menschenrechtsaktivistin Suu Kyi bewirke schließlich starke Ablehnung seitens der Regierung in Rangun, stellt Ferrero-Waldner - sicher nicht ganz unzutreffend - fest. Deshalb müsse man mit den Machthabern in Geduld haben. VVeil Ferrero-Waldner bezüglich sozialer und UmweItstandards ganz andere Maßstäbe anlegen möchte, entsteht der Eindruck, daß Menschenrechte für das Außenministerium ziemlich gleichgültig sind.

Die Glaubwürdigkeit der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung steht auf dem Spiel, wenn Regierungsvertreter solche Aussagen öffentlich tätigen. Deshalb stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten:

- 1 . Wie ist Ihre Einschätzung der Menschenrechtssituation und des Funktionierens demokratischer Institutionen in Burma?
2. In welchen Punkten unterscheidet sich diesbezüglich Ihre Haltung von den von Staatssekretärin Ferrero-Waldner in dem erwähnten Interview getroffenen Aussagen?
3. Meinen Sie - ebenso wie Ihre Staatssekretärin -, daß man die Lage in Burma realistischer einschätzen müßte und "Geduld mit dem Militärregime in Rangun" haben müsse?
4. Was hat sich bezüglich Demokratie und Menschenrechte in Burma seit den 80er Jahren verbessert, wie von Staatssekretärin Ferrero-Waldner behauptet?
5. Inwiefern hat sich die Lage der Minderheiten in Burma verbessert?
6. Staatssekretärin Ferrero-Waldner meinte in dem zitierten PRESSE-Interview: "Wir dürfen nicht zu weit gehen mit unseren Maßnahmen gegen Burma, damit wir den Dialog aufrecht erhalten." Wie ist diese Aussage zu interpretieren?
7. Meinen Sie, daß die Ausführungen Ferrero-Waldners für die Lage der Menschenrechte, besonders aber für die burmesische Opposition förderlich sind? Wenn ja, warum?
8. Hat Staatssekretärin Ferrero-Waldner während ihrer Asien-Reise versucht, mit Vertretern der burmesischen Opposition oder ihrer Vorsitzenden Suu Kyi in Kontakt zu treten? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, was waren die Ergebnisse dieser Gespräche?
9. Welche Maßnahmen wird Österreich ergreifen - entweder bilateral oder im Rahmen der EU - wenn sich die Situation der Menschenrechte in Burma in absehbarer Zeit nicht bessert bzw. verschlechtert? Werden auch Wirtschaftssanktionen oder der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erwogen?